

Gefördert durch

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft
Projektnummer 441413969

EDITORIAL

Wissenschaftsfeindlichkeit

Angriffe auf Wissenschaft(ler*innen) und ihre Bedeutung für Bildung und Demokratie

In der Covid-19 Pandemie standen Wissenschaft und ihre Akteur*innen wie selten zuvor im Interesse der Öffentlichkeit, ein Aufmerksamkeitsgewinn, der sich ambivalent gestalten sollte. Zunächst, während des Lockdowns, waren die Nachrichten aus aller Welt von Forschungsergebnissen, medizinischen Befunden und Innovationen dominiert. Alle Hoffnung richtete sich auf die schnelle Verfügbarkeit eines Impfstoffs, seine Entwicklung kam einer spannenden Erzählung gleich, folgte sie doch dem altbekannten Narrativ des Rennens gegen die Zeit. In dieser Zeit wurde die Allgemeinheit mit ungewohnten Wissensformen konfrontiert, Akteur*innen der Wissenschaft entwickelten sich per Botschafter*innenfunktion zu Personen des öffentlichen Interesses und erlangten zeitweise regelrechten Celebrity-Status. Bald folgten jedoch starke Polarisierungen – weniger innerhalb der Wissenschaft, denn außerhalb davon. Ein öffentlicher, z. T. stark polarisierender Diskurs über die präventiven und kurativen Pandemiebekämpfungsmaßnahmen entfaltete sich vor allem medial, vom öffentlichen Rundfunk bis in die abgelegensten Nischen digitaler Netzwerke, die wiederum ihre eigenen Stars und Wortführer*innen auf Telegram, YouTube, etc. hervorbrachten. Im Rahmen der öffentlichen Debatte erschien die Wissenschaft plötzlich als umstrittene Akteurin, die vielen Infragestellungen, aber auch massiven und persönlichen Anfeindungen ausgesetzt war.

Hier war es interessanterweise immer wieder das Argument einer fehlenden Demokratie der Wissenschaft, das in ihrer Kritik angeführt wurde. Wissenschaftliches Wissen ist jedoch, wie Gamze Damat in ihrem Beitrag in diesem Themenschwerpunkt festhält, „nicht demokratisch, sondern eine durch erprobte

Methodologie und Prozesshaftigkeit vorläufige Erkenntnis“ (Damat 2022: 41, in diesem Heft). Kritische Grundhaltung, Transparenz durch Dokumentation von Forschungsprozessen und Interessen sowie Bereitschaft zur steten Überprüfung von Erkenntnissen sind dabei verbindliche Bestandteile guter wissenschaftlicher Praxis und Qualitätssicherung. Dissens von Fachleuten, ebenso wie unterschiedliche Forschungs- und Deutungsansätze (nicht zu verwechseln mit Meinungen), sind hier erwünscht. So gibt es durchaus auch immer wieder Gegenstandsbe-
reiche oder Thesen, die in der Wissenschaft für eine gewisse Zeit als umstritten gelten, wie es auch vorläufige Erkenntnisse gibt, deren Prüfung und Sicherung noch aussteht. Kontroversen um solche Wissensbestände stellen jedoch die *Berechtigung wissenschaftlichen Arbeitens an sich* nicht infrage, wie dies in den vergangenen Jahren in der öffentlichen Diskussion oftmals rhetorisch und agitatorisch geschehen ist. Bei allen Vermittlungsversuchen an eine nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit muss festgehalten werden, dass das wissenschaftliche zu einem gewissen Maß immer Spezialwissen bleibt, bei dem nicht jede*r in gleicher Weise mitreden oder gar gestalten kann.

Dennoch hat das Wissen der Wissenschaft im besten Fall einen die Demokratie stützenden Effekt, denn „Politik und Gesellschaft werden, nicht nur in pandemischen Krisen, substanziell durch die Erkenntnisse der Wissenschaft unterstützt“ (Allianz der Wissenschaftsorganisationen, Pressemeldung vom 6.12.2021)¹. Damit sind Wissenschaftler*innen in einer Demokratie mitunter auch zentrale Funktionsträger*innen, an denen sich das *Vertrauen* in ein demokratisches System festmachen lässt. Vertrauen, mit Niklas Luhmann gesprochen, ist ein bedeutender Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität, da in einer modernen funktional-differenzierten Gesellschaft nicht jede*r alles überblicken kann (Luhmann 2000). Fundamentale Ablehnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen im öffentlichen Raum oder gar die Bedrohung von Wissenschaftler*innen selbst, die auch zu einem traurigen Begleit-spiel in der Pandemie geworden ist, zeugen von einem möglichen erodierenden Vertrauensverlust – bis hin zur fundamentalen Ablehnung des demokratischen Systems durch neue Akteur*innen wie die sog. „Querdenker“.

Das vorliegende Heft nimmt die Ereignisse der vergangenen zweieinhalb Jahre zum Anlass, ein Zwischenresümee zu Phänomenen der Wissenschafts-feindlichkeit zu ziehen, die in dieser Zeit besonders virulent waren. Wir nehmen dieses Thema in einer Zeitschrift des Transfers zwischen Wissen-

1 https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/Allianz_zur_BILD-Zeitung_061221.pdf?__blob=publicationFile&v=6 [15.7.2022].

schaft und Praxis in den Blick, weil wir es für ein Phänomen halten, das nicht nur Wissenschaftler*innen betrifft. In vielen Fällen gibt es strukturelle Ähnlichkeiten oder gar Gemeinsamkeiten zwischen Wissenschaftler*innen und Politiker*innen, aber auch politischen Bildner*innen, was die zunehmende Gefährdung ihrer Arbeit angeht.

Demokratiefeindliche Akteur*innen stellen Wissensinstitutionen und ihre Akteur*innen nicht zufällig in Frage, sondern strategisch, da wissenschaftliche Erkenntnisse und Prozesse ideologischen Interessen oftmals inhaltlich, aber auch bereits in struktureller Hinsicht widersprechen. Ihre stetige Überprüfung und angestrebte Unabhängigkeit von außerwissenschaftlichen Interessen sind Teil des Programms.

Einen weiteren Grund, uns mit Wissenschaftsfeindlichkeit zu befassen, sehen wir in der Tatsache begründet, dass wir sie in der gegenwärtigen Form auch als eine besorgniserregende Folge der pandemischen Krisensituation verstehen, was uns sorgenvoll auf weitere bevorstehende Krisen blicken lässt. Damit verbunden ist aber auch die Hoffnung, aus dem hier sichtbar gewordenen Zusammenspiel unterschiedlichster Interessen, Ziele, Akteur*innen und beobachtbaren Vorgehensweisen für zukünftige Situationen zu lernen, denn Konfliktparteien, mediale Rahmungen und Effekte lassen Kontinuitäten erahnen. Oder zugespitzter formuliert: Die Erfahrungen im Kontext der Pandemie stellen möglicherweise nur eine Ouvertüre dar, was im Zuge der Bewältigung des Klimawandels an gesellschaftspolitischen Verwerfungen zu erwarten ist. Umso dringlicher, dass sich Wissenschaft und die Praxis der politischen Bildung und Beratung mit dem Phänomen der Wissenschaftsfeindlichkeit auseinandersetzen. Eine Fortsetzung der Diskussion ist für einen zweiten Schwerpunkt zu „(De)Legitimierung von Wissen“ im nächsten Heft in Planung.

Im Auftaktbeitrag nimmt Sophie G. Einwächter eine Kartierung des Phänomens „Wissenschaftsfeindlichkeit“ vor, die besonders auf personenbezogene Angriffe fokussiert. Hierbei arbeitet sie heraus, dass Wissenschaftsfeindlichkeit meist in einem Kontinuum mit Antiintellektualismus, Wissenschaftsskeptizismus und Antiakademismus verortet werden kann und Angriffe auf Wissenschaftler*innen medial mitbedingt sind.

Gamze Damat zeigt anhand einer medienwissenschaftlichen und historischen Perspektive Kontinuitäten in der Ausprägung von Impfgegner*innenschaft auf: Heutige Konfliktparteien, Rhetoriken und Konsequenzen, so das Ergebnis ihrer Darlegungen, gab es durchaus vergleichbar schon vor 100 Jahren.

In ihrem Beitrag „Navigieren in Zeiten des Wandels“ beleuchtet Nicola Schuldt-Baumgart grundlegende Bedingungen der Wissenschaftskommunikation, welche im Kontext der Pandemie besondere Herausforderungen und Grenzen erfährt. Sie plädiert dafür, nicht noch *mehr*, sondern *qualitativ andere* Wissenschaftskommunikation zu betreiben.

Josephine Schmitt berichtet aus der Praxis von einem Präventions-Workshop zu Hassrede und rechter Hetze im akademischen Kontext. Sie stellt Anlaufstellen für Betroffene vor und beleuchtet zudem, wie breit die Thematik von Wissenschaftler*innen selbst ausgelegt wird.

In einer Podiumsdiskussion vom Dies Academicus an der Philipps-Universität Marburg adressierten Akteur*innen aus der Konfliktforschung, den Gender Studies, der Virologie, der Rechtsextremismusforschung und Demokratieförderung das Spannungsfeld von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Gesellschaft aus interdisziplinärer Perspektive; das Gespräch ist in gekürzter Fassung im Heft wiedergegeben.

Nora Pösl stellt Resultate ihrer Forschung zu den Zusammenhängen von Esoterik und ‚alternativen Heilmethoden‘ mit Verschwörungsideologien vor, welche im Kontext der Covid-19-Pandemie vor allem im Kontext rechter Radikalisierung an Bedeutung gewannen.

Reiner Becker nimmt ‚Die Basis‘ (Basisdemokratische Partei Deutschland) in den Blick, eine Partei, die von den Geschehnissen der Pandemie und einer programmatischen Ablehnung von Maßnahmen der Regierung zeitweilig stark profitierte. Seine Analyse arbeitet Ideologiefragmente aus der Anthroposophie als konstitutive Elemente der Partei heraus.

Mechthild Bereswill und Gudrun Ehlert analysieren Inhalte und Rhetorik parlamentarischer Kleiner Anfragen der AfD als Instrumente wissenschaftsfeindlicher Angriffe auf die Geschlechterforschung.

Im *Forum* stellen Bernd Belina, Christina Reithmeier und Reiner Becker das Projekt „DemoGIS – ein Tool zur räumlichen Beobachtung und Analyse rechter Demokratiefeindlichkeit in Hessen“ vor, welches in Kooperation mit dem Institut für Humangeographie an der Uni Frankfurt, dem Demokratiezentrum Hessen und mit mehreren Partnerschaften für Demokratie durchgeführt wurde.

Für die Redaktion:

Sophie G. Einwächter und Reiner Becker

Literatur

Damat, Gamze (2022): Zwischen Skepsis, menschenfeindlicher Wissenschaft und Wissenschaftsfeindlichkeit – ein historischer und medienwissenschaftlicher Blick auf aktuelle Diskurse. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2022, 2, S. 29–46.

Luhmann, Niklas (2000): Vertrauen: ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart, 4. Auflage.

SCHWERPUNKT

Sophie G. Einwächter

Feindlichkeit gegenüber Wissenschaftler*innen – Kartierung eines Phänomens

In seiner Rede „Demokratie braucht Wissenschaft“ betonte Frank-Walter Steinmeier 2019 die Rolle von „Universitäten als Orte, an denen Demokratie eingeübt wird“ (2019: 12). Angesichts der Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit in anderen Ländern sei Deutschland „heute vielen ein Hafen der Vernunft geworden, ein Partner für jene, die weltweit die Freiheit des Geistes und die Freiheit des Wortes einfordern“ (ebd.). Damals, vor der Pandemie, mahnte der Bundespräsident noch die Wissenschaft, etwas weniger hart mit der Politik ins Gericht zu gehen (die gegen den Klimawandel eben nicht immer schneller handeln könne) und sich stattdessen mehr am öffentlichen Diskurs zu beteiligen: „Wenn Wissenschaft normativ urteilt, wenn sie notwendige Veränderungen erkennt, dann muss sie bereit und in der Lage sein, in Politik und Gesellschaft hineinzugehen und zu erklären, zu werben, zu vermitteln“ (ebd.: 15). Der Ruf nach rhetorischem und informierendem Beistand ist aus Sicht eines erfahrenen Politikers, der die Hindernisse der Durchsetzung unpopulärer Entscheidungen kennt, nur allzu verständlich. Aber welche Konsequenzen bringt es mit sich, wenn Wissenschaftler*innen sich tatsächlich werbend und vermittelnd in die Öffentlichkeit begeben?

Die zentrale These dieses Textes ist, dass die zunehmende Sichtbarkeit von Akteur*innen der Wissenschaft bei zunehmender Politisierung ihrer Tätigkeiten sie Formen der Feindlichkeit und somit Gefährdung aussetzt, auf die sie derzeit kaum vorbereitet sind. Er nennt Vorstufen, Aspekte und Ausprägungen von Wissenschaftsfeindlichkeit, die sich meist in einem Kon-

tinuum von Wissenschaftsskeptizismus, Antiintellektualismus und zuweilen auch Antiakademismus bewegt und medial mitbedingt wird. Eine besonders drastische und individuell oftmals verheerende Konsequenz von Wissenschaftsfeindlichkeit stellt die Bedrohung von Wissenschaftler*innen dar, die im vorliegenden Beitrag ein besonderes Augenmerk erhält. Das Phänomen mitzubedenken, sei insbesondere jenen wissenschaftlichen Institutionen und politischen Vertreter*innen nachdrücklich empfohlen, die wissenschaftliche Beteiligung am öffentlichen Diskurs fordern oder fördern wollen.

Das Zusammenarbeiten von Regierung und Wissenschaftsvertreter*innen hat sich in der Covid-19-Pandemie schließlich tatsächlich harmonischer gestaltet als in Kontexten der Klimawandel-Politik.

Jedoch zeitigte die damit verbundene Präsenz von Akademiker*innen in der (vor allem medialen) Öffentlichkeit eine nicht unwesentliche Nebenwirkung: Insbesondere Virolog*innen und Epidemiolog*innen

sahen sich neuen Ausmaßen von Diskreditierung, Häme, *Hate Speech* bis hin zu körperlicher Bedrohung ausgesetzt.

*Wunsch der Politik nach
mehr Wissenschaft in der
Öffentlichkeit*

Das Phänomen war keineswegs nur in Deutschland zu beobachten: Die naturwissenschaftliche Fachzeitschrift *Nature* veröffentlichte 2021 die Resultate einer internationalen Befragung von über 300 Wissenschaftler*innen, die in Interviews zu SARS Covid-19 medial präsent gewesen waren. Während über zwei Drittel von ihnen über negative Erfahrungen berichteten, zu denen denunzierende Meldungen bei ihren Arbeitgebenden oder die Enthüllung ihrer persönlichen Daten im Internet gehörten, gaben 22 % an, Drohungen physischer und sexueller Gewalt erhalten zu haben, 15 % hatten sogar Morddrohungen bekommen. Sechs von ihnen waren körperlich angegriffen worden (vgl. Nogrady 2021: o. S.).

Bedrohte Wissenschaftler*innen – ein globales Phänomen

Das internationale Netzwerk *Scholars at Risk* erfasst seit 2015 in seinem ‚Academic Freedom Monitoring Project‘ systematisch wissenschaftsfeindliche Vorfälle und Bedingungen weltweit, in einem Versuch, gängige Muster zu identifizieren und bekannt zu machen sowie koordinierte Präventionsarbeit zu leisten. Grundlegend für den jährlichen Bericht des Projekts, „Free to Think“, der Attacken auf wissenschaftliche Institutionen und ihre Angehörigen in mittlerweile 65 Ländern erhebt, ist eine Defini-

tion, die von bewussten Bedrohungen, sowie Ausübungen von Zwang und Gewalt ausgeht (SaR 2021: 17): „intentional acts resulting in wrongful death, physical harm, loss of liberty, or loss of professional standing, or resulting in damage or destruction of higher education institutions, facilities, or equipment“ (ebd.).

REPORTED ATTACKS ON HIGHER EDUCATION

FOR DATE RANGE: JUNE 24, 2021 - JUNE 24, 2022



Killings, Violence, Disappearances

98



Imprisonment

56



Prosecution

19



Loss of Position

33



Travel Restrictions

5



Other

32

Total 248

Abbildung 1: Academic Freedom Monitoring Project, Übersicht der gemeldeten Fälle in den vergangenen zwölf Monaten

So wichtig und verdienstvoll das Monitoring Project ist, so sehr muss beim Lesen des Berichts doch Beachtung finden, dass die Fokussierung auf die genannten Ereignisse Einschränkungen mit sich bringt. Kinzelbach und Spannagel halten fest, dass der Gewinn von Ereignisdaten eher illustrativer Art ist, sie seien aber „ungeeignet, um Repression systematisch und umfänglich zu erfassen“ (2021: o. S.). Wer nur auf konkrete Übergriffe und Tötungsdelikte fokussiere, erhebe nicht, was strukturell und atmosphärisch vorhanden sei, nämlich etwa „bereits bestehende institutionelle Einschränkungen“ oder „ein etabliertes Klima der Angst“ (ebd.). Daraus resultiere, dass „besonders repressive Kontexte [...] relativ frei erscheinen“ könnten, da aufgrund der Selbstzensur der Akteur*innen kaum noch Gewalt angewendet werde (ebd.).

Was aus dem Bericht von *Scholars at Risk* ebenfalls bislang nicht hervorgeht, ist die Tatsache, dass die Situation für Wissenschaftler*innen auch in Deutschland in den vergangenen Jahren eine Zuspitzung erfahren hat, insbesondere in Form von digitalen Bedrohungen. In diesem Kontext sind Angriffe auf Wissenschaftler*innen zu nennen, deren Forschungsschwerpunkte im Bereich der Gender Studies, der Migrationsforschung, des An-

tirassismus oder der demokratiefördernden Bildungsarbeit liegen. Ist die offen politische Infragestellung dieser Forschungen meist gut dokumentiert, weil sie Teil von Parteiprogrammen oder kleiner Anfragen ist (vgl. etwa Bereswill/Ehlert in diesem Heft), so fehlt ein gemeinsames Verzeichnis der vielen kleinen und auch größeren Anfeindungen und Übergriffe, die in unterschiedlicher Schwere auf digitalen Plattformen oder in persönlich adressierten Emails tagtäglich geschehen.

Das Demokratiezentrum Hessen verzeichnet in seiner Datenbank von Beratungsfällen in den Jahren 2017-2021 einen erheblichen Zuwachs an Fällen, in denen (Fach)Hochschulen, Universitäten oder Forschungseinrichtungen als Beratung suchende Instanzen verzeichnet wurden, insgesamt waren es 44 Fälle allein in Hessen, mit starker Zunahme gegen Ende der Erhebung (eine Auswertung der Beratungsfälle wird im Folgeheft veröffentlicht).

Im Kontext der Covid-19-Pandemie wurden in Deutschland insbesondere medial präsente und informierende Mediziner*innen zur Zielscheibe meist digital geäußerten Hasses. RKI-Präsident Lothar Wieler, Christian Drosten, Leiter des Instituts für Virologie an der Charité in Berlin, die Virologinen Sandra Ciesek, Marylyn Addo und Melanie Brinkmann sowie der Mediziner und SPD-Politiker

*Wissenschaftsfeindlichkeit
nimmt auch in
Deutschland zu*

Karl Lauterbach berichteten von Anfeindungen und Morddrohungen; Lauterbach und Drosten erhielten Drohpakete mit einer unbekannten Substanz und der Aufforderung, diese zu sich zu nehmen.¹ Ein Teil dieses Hasses scheint nach Sündenbock-Logik Verantwortliche für die aus der Pandemie und Corona-Maßnahmen erwachsenden wirtschaftlichen Schäden zu suchen – wer öffentlich zum Thema Stellung nimmt, wird schnell zum Überbringer schlechter Nachrichten, mit altbekannter Konsequenz. Zudem wird Wissenschaftler*innen („Elfenbeinturmbewohner“) wie auch Politiker*innen („die da oben“) oftmals Alltags- und Lebensferne unterstellt. Hameleers und Van Der Meer beschreiben die zugrundeliegende populistische Rhetorik als eine, die einen Antagonismus zwischen den guten und ehrlichen ‚einfachen Bürgern‘ und der sich sträflich verhaltenden ‚Wissenschaftselite‘ inszeniere. Hierbei ergehe klare Schuldzuweisung an letztere, weil diese die Realität aus den Augen verliere und Lügen verbreite (2021: 4711).

1 Siehe <https://www.rnd.de/politik/corona-drosten-und-lauterbach-erhalten-drohpakete-5CHSHV3BEJBIXN3MPRVWGNVO2I.html> und <https://www.swr.de/swr2/wissen/corona-warum-forscherinnen-angefeindet-und-bedroht-werden-100.html> [12.7.2022].

Wissenschaftsfeindlichkeit als (teils militante) Wahrung von Interessen

Die vielfältigen wissenschaftsfeindlichen Strömungen und Einstellungen, die in der Covid-19-Pandemie im öffentlichen Diskurs sowie an Orten der bewussten Abkehr von diesem (in sozialen Medien, auf YouTube, Telegram etc.) zu beobachten waren, lassen mit Sorge überlegen, wie die anstehende globale Krise der Klimakatastrophe zu bewältigen sein wird (Reusswig/Küpper 2022) und welche Lektionen sich aus dem schwierigen Verhältnis von Wissenschaftsvertreter*innen mit der medialen Öffentlichkeit

*Wissenschaft hat Feinde,
wo sie wirtschaftlichen
und ideologischen
Interessen widerspricht*

lernen lassen (siehe auch *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* 2020/2). Denn nicht nur im Kontext von Pandemie-Leugnung oder Impfgegner*innentum greift Wissenschaftsfeindlichkeit um sich: Ungewollt ist wissenschaftliche Erkenntnis oftmals dann, wenn sie das propa-

gierte Weltbild oder die anvisierte ökonomische Jahresbilanz von Akteur*innen oder Systemen in Frage stellt. „Die Rechte arbeitet zum Beispiel an einem grundlegenden Wandel der ‚linksversifften‘ Wissenschaften, von den Gender Studies bis zur Soziologie“, schreibt Simon Strick, nachlesen lasse sich das „im Parteiprogramm der AfD, in den Interviews mit Trumps Bildungsministerin Betsy DeVos und in der letzten Kommentarecke auf YouTube und 4chan“ (2021: 47). Aufgrund gegenläufiger politischer und wirtschaftlicher Ziele ist Wissenschaftsfeindlichkeit deshalb unter Antifeminist*innen, die ihre eigenen Vorstellungen von Geschlechterrollen infrage gestellt sehen, ebenso weit verbreitet wie etwa unter Klimawandel-Skeptiker*innen.

Insofern lässt sich Wissenschaftsfeindlichkeit, mindestens aber Wissenschaftsskeptizismus durchaus als strategisch verstehen (Reutlinger 2020), da hier mit unterschiedlichsten Mitteln versucht wird, Interessen zu wahren oder Änderungen des Status Quo zu verhindern. So hat beispielsweise die Industrie fossiler Brennstoffe ein Interesse daran, wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel zu hinterfragen und durch falsche Wiedergabe von Ergebnissen zu kompromittieren: „Kaum ein anderer Forschungsbereich wird so häufig – teils auch medial – als uneinig porträtiert, obwohl in seinen Grundannahmen weitgehender Konsens herrscht“ (Haupt 2020: 171). Ähnliches gilt für Lobbyist*innen anderer wirtschaftlicher Interessen

wie etwa jener der Pharma- oder Tabak- sowie – jüngst wieder tragisch in den Blick gerückt – der Waffen-Lobby in den USA, die bereits mehrfach Forschung zur Waffengewalt behindert hat. Beim wirtschaftlich motivierten strategischen Wissenschaftsskeptizismus ebenso wie beim ideologisch aufgeladenen scheint es sich darüber hinaus um ein Phänomen zu handeln, das sowohl mit dem globalen Erstarken konservativer Strömungen und autoritärer Systeme als auch mit der neoliberalen Effizienzsteigerung des Hochschulbetriebs einherzugehen scheint, die marktorientierte Wissenschaft bevorzugt, und somit oft verschiedenen Lagern zugleich dient.

Antiintellektualismus

Einer der konstituierenden Bestandteile von Wissenschaftsfeindlichkeit, der im Kontext der Pandemie deutlich hervortrat, war Antiintellektualismus. Branford u.a., beschreiben das Phänomen als generelle Geringschätzung oder Bereitschaft zum Angriff auf jene, die versuchten, komplexe Wahrheiten aufzuzeigen (2019: 213). Auch beim Antiintellektualismus spielen wirtschaftliche Interessen hinein: Insbesondere Fächern, deren Output sich nicht kommodifizieren lasse, werde oft die Nützlichkeit abgesprochen und so stehe schnell der Vorwurf der Steuergeldverschwendung im Raum: „it is no surprise, therefore, that those academics working in the humanities or social sciences, areas often deemed ‚useless‘ or a pure luxury, are vulnerable when they come to the defence of groups such as refugees“ (2019: 214).

Den angefeindeten Expert*innen steht ein Zuwachs an selbsternannten Expert*innen gegenüber, von denen es auf YouTube und Telegram in Krisenzeiten zuhauf gibt: Hier ein aus dem Ruhestand reaktivierter Mediziner, dort eine Rechtsanwältin, eine besorgte Hausärztin vom Lande, alle geeint in der Performance von Fachwissen, Nahbarkeit und der Einschätzung, dass die Bundesregierung und all jene, die sie beraten, sich gerade Unerhörtes leisten. Dass die Wissenschaftsablehnung ihre eigenen Expert*innen hervorbringt, die seltsamerweise mit genau den gleichen Markern von Professionalität und Expertise arbeiten, wie sie die Institution hervorbringt (nämlich Titeln und Habitus), bleibt ein unaufgelöster Widerspruch. Die Betitelung eines regelmäßigen ‚alternativ-informierenden‘ und von Querdenkern selbsteinberufenen Freizeitgremiums als „Corona

*Antiintellektualismus
begegnet komplexen
Wahrheiten mit
Geringschätzung*

Ausschuss“² suggeriert Mimikry-artig (vgl. Strick 2021: 330 ff.) wissenschaftliche Expertise und Legitimation.

Die Akteur*innen, die ein solches Mimikry betreiben, treten damit im öffentlichen Aufmerksamkeitsmarkt in ein Konkurrenzverhältnis mit Akteur*innen der Wissenschaft, müssen sich aber nicht an deren Regeln und Normen halten (und betreiben so im Grunde unfairen Wettbewerb). Zugleich untergraben sie durch ihr eigenes Verhalten und durch die Vermittlung ‚alternativer Fakten‘ das Vertrauen in tatsächliche Fachkundige: „academics, with their efforts to identify the truth about complex issues, will be presented as naive, ignorant, or even ideologically biased“ (Branford/Grahle/Heilingner u.a. 2019: 113).

Eine beliebte Strategie von Antiintellektuellen stellen Ad hominem-Attacken (auf die Person und ihre Reputation abzielende Angriffe) auf

*Wissenschaftlichkeit wird
durch Pseudo-Wissenschaft
untergraben*

Wissenschaftler*innen dar. In den sozialen Medien fand sich so vielfach der Vorwurf, Christian Drostens Doktorarbeit an der Goethe-Universität Frankfurt sei im Jahr 2002 nicht ordnungsgemäß zugänglich gemacht worden, eine Fehlbehauptung, zu der die

Universität schließlich einen öffentlichen Kommentar zur Richtigstellung abgab. Man mag solche Behauptungen für reines Trolling halten, sie können für wissenschaftliche Karrieren jedoch brandgefährlich werden. Barnes/Johnston/MacKenzie u.a. fanden heraus, dass Ad hominem Attacken auf Wissenschaftler*innen, die z.B. deren frühere Arbeitsweise oder Reputation ihrer Ausbildung betreffen, genauso starken negativen Einfluss auf die Wahrnehmung von deren Arbeit haben, wie Kritik an der empirischen Grundlage ihrer Arbeit (z. B. logische Fehler oder Auslassungen betreffend) (2018: 1). Es ist zudem eine asymmetrische Form der Auseinandersetzung: Während die Kritik auf wissenschaftlicher Ebene selbst eine Form der wissenschaftlichen Vorbildung verlangt, und deshalb in aller Regel von Fachkolleg*innen formuliert wird, kann eine Ad hominem-Attacke im Prinzip jede*r formulieren und dies passiert auch in der öffentlichen (oder verschwörungstheoretischen Nischen-)Debatte entsprechend häufig. Der Schaden an Ruf und öffentlichem Ansehen ist als erheblich zu betrachten.

Branford/Grahle/Heilingner u.a. werten wachsenden Antiintellektualismus als eine ideologische Grundlage für die zunehmenden Angriffe (2019: 213) und plädieren dafür, Wissenschaftler*innen in die Liste jener besonders

2 vgl. <https://corona-ausschuss.de> [12.7.2022].

vulnerabler Gruppierungen aufzunehmen, die von Organisationen, welche Präventions- und Aufklärungsarbeit zu Cyberhate leisten, besonders unterstützt werden. Wichtig sei, hierbei eine intersektionale Perspektive einzunehmen, da sich Motivationen der Anfeindungen und somit auch Gefährdungen Einzelner verstärken oder bedingen könnten: „female academics, black academics and academics of colour, academics with working-class backgrounds, leftist academics, etc., can face different kinds and dimensions of cyberhate“ (ebd.: 206).

Meist eher kritisch denn feindlich: Antiakademismus

Auch in der Universität selbst finden sich feindliche Haltungen demgegenüber, was die Akademie in Teilen ausmacht, und um diese zu beschreiben, wird der Begriff des Antiakademismus in Anwendung gebracht. Hierbei geht es „um eine Haltung, die nicht mit Intellektuellenfeindschaft verwechselt werden darf – man könnte geradezu sagen: im Gegenteil. Spätestens seit dem 19. Jahrhundert ist Antiakademismus nämlich gerade für die Identität von Intellektuellen konstitutiv gewesen“ (Engelmeier/Felsch 2017: 4). Die Haltung sei vielmehr gegen einen „Gestus“ gerichtet (ebd.) und „weder [als] Antiintellektualismus noch aggressive Bildungsferne“ zu verstehen, sondern als „wissenschaftliche Projekte, intellektuelle Ambitionen und Präentionen, die ihre Profile über die Negation der real existierenden Universitäten gewonnen haben. Nicht selten haben sie das im Namen einer wahren, gerechteren, schöneren oder leidenschaftlicheren Hochschule getan“ (ebd.: 5).

Wie Geulen schreibt, ist Antiakademismus auch eine modische Haltung für jene, die der Universität angehören und sich ergehen in „Attacken gegen den Habitus jener Professoren [...], die meinen, nichts Neues unter der Sonne entdecken zu können und alles schon gesehen haben wollen. [...] [J]eder Uni-Mensch wird sich so oder ähnlich auch schon über seine Kollegen geäußert haben. Das Fremdeln mit der Institution gehört schließlich unter Akademikern zum guten Ton“ (Geulen 2017: 155). Auch Engelmeier und Felsch attestieren dem Phänomen eine lange Tradition und gewisse Alltäglichkeit: „[S]o lange wie die Universitäten selbst existiert auch der Vorwurf, dass sie unnützes Wissen produzieren, der Verdacht, dass sie Konformismus und Mittelmaß prämiieren oder – mit Louis Althusser gesprochen – ideologische Staatsapparate sind“ (Engelmeier/Felsch 2017: 5).

Engelmeier und Felsch halten vier Kritiklinien fest, die dem Antiakademismus zumeist zugrunde liegen: Die erste sei epistemischer Art und mit der Sorge verknüpft, dass „die Universität ihren Auftrag, der Wahrheitsfindung und Nützlichkeit [...] zu dienen, nicht mehr erfüllen kann“ (ebd.: 5). Die zweite richte sich gegen den akademischen Habitus an sich, der von sozialer Ungleichheit profitiere (ebd.: 6). Die dritte nehme problematische (teils libidinöse) Aufladungen im Lehr-/Lernverhältnis in den Blick, wie etwa die „ödipalen Verhaltensmuster[...], die bereits sprachlich anklingen, wenn von den Beziehungen des ‚wissenschaftlichen Nachwuchses‘ zu den ‚Doktormüttern‘ und ‚-vätern‘ die Rede ist“ (ebd.). Die vierte argumentiere ästhetisch, nämlich, dass die monierten Missstände „notwendig zu schlecht geschriebenen Texten“ führten (ebd.).

Und so bedeutet Antiakademismus in aller Regel keine Menschen bedrohende Feindlichkeit, sondern vielmehr eine Form der Kritik an der Institution

*Antiakademismus
formuliert Kritik an der
Universität, oft aus
dieser selbst heraus*

und ihrer Kultur, denn die „rabiatesten Antiakademiker“ fänden sich an Universitäten selbst, so Geulen: „Jacques Derrida dürfte der wohl eindrücklichste Fall gewesen sein. Ungeheure Energien sind in seine Versuche geflossen, Gegenuniversitäten aufzubauen [...]“ (Geulen 2017: 156).

Dennoch lohnt es sich zu adressieren, dass antiakademische Strategien wunderbar dazu taugen, von extremen Akteur*innen vereinnahmt zu werden. So ist es eine Anleihe bei antiakademischem intellektuellen Denken und ein Mimikry zugleich, wenn ausgerechnet unter dem Namen der „GegenUni“³ (abgekürzt GU und so auch schnell mit der Goethe-Uni in Frankfurt zu verwechseln) ein digitales Kursprogramm rechter Theorien online angeboten wird, das als „Alternative zum akademischen Mainstream“ geframed ist (vielleicht sogar wohlwissend, dass auch Rudi Dutschke einst eine „Permanenz der Gegenuniversität als Grundlage der Politisierung der Hochschulen“⁴ forderte?). Da Universitäten „fest in linksliberaler Hand“ seien, ist das selbsterklärte Ziel der rechten digitalen ‚GegenUni‘: „Gefährliches denken, Gesellschafts- und Ideologiekritik kann nur noch in einem un- und antiakademischen Raum stattfinden“.⁵ Obwohl sich das Projekt selbst einen bemüht akademischen Anstrich verleiht,

3 <https://gegenuni.de/> [12.7.2022].

4 <https://www.zeit.de/1966/37/neue-linke-aufbruch-in-die-sackgasse> [12.7.2022].

5 <https://gegenuni.de/gegenuni/> [12.7.2022].

neben regulärem Kurs- und Lektüreangebot (z. B. „Einführung in Carl Schmitt“ und „Joseph de Maistre und die Gegenaufklärung“), Vorträgen von Gastwissenschaftlern (die Seite ist im generischen Maskulinum gehalten) und Vernetzungsangeboten in Form von „regelmässige[n] Diskussionsrunden“, vermag es keine Studien-Abschlüsse auszustellen oder andere Formen des institutionalisierten kulturellen Kapitals anzubieten. Umso wichtiger scheint jedoch, dass das digitale Kurs-Abonnement-Modell so genannte Studiengebühren erhebt und somit Geldflüsse herstellen und ggf. auch deren eigentlichen Zwecke verschleiern kann. Zu den Hintergründen des Projekts, das letztlich neben der ideologischen Schulung vorsieht, eine rechte Studierendenschaft auch innerhalb der regulären Universitäten zu mobilisieren und zu vernetzen, gibt eine Pressemeldung des hessischen Landesamts für Verfassungsschutz näher Auskunft (LfV Hessen 2022).

Vielfach sind überdies Aspekte von Antiakademismus gemeinsam mit Antiintellektualismus in wissenschaftsfeindlichen Bewegungen und Positionen wie etwa denen der Corona-Protestbewegung beigemischt. Hier werden sie oftmals von (auch ehemaligen) Vertreter*innen der universitären Wissenschaft argumentativ ins Feld geführt und für eigene Zwecke anschlussfähig gemacht.

Mediale Bedingungen von Wissenschaftsfeindlichkeit

In digitalen, sozial vernetzten Umgebungen werden „gefühlte Wahrheiten und Provokationen schneller verbreitet und besser belohnt als kritisches Wissen“ (Strick 2021: 12). Den Aufmerksamkeitswettbewerb um Wissenshoheit im Netz können Wissenschaftler*innen kaum gewinnen, denn Clickbait und polarisierendes Entertainment vertragen sich schlecht mit dem universitären Anspruch von Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Auf sozialen Medienplattformen sind wissenschaftsexterne Anbietende in der Überzahl vertreten und entweder mit dem entsprechenden finanziellen Kapital oder medialem Know-How ausgestattet, das in der algorithmenbedingten Rankingkultur der sozialen Medien bessere Resultate verspricht. Wie Haupt analysiert, suchen Desinformationsakteur*innen in Deutschland gezielt „eine Öffentlichkeit abseits der Massenmedien“ (2020: 180), die Abwesenheit fachlicher und redaktioneller Kontrolle verspricht inhaltliche Freiheit. Der Anschein der Verifizierung von Inhalten wird erweckt, indem

tendenziöse oder Fehlinformationen im Verbund mit anderen Medien gleicher Ausrichtung aufgegriffen und gegenseitig bestätigt werden. Zu diesen gehören laut Haupt „die Epoch Times, Tichys Einblick, Compact, Russia Today Deutschland, die Monatszeitschrift eigentümlich frei und der Autorenblog Achse des Guten“ (2020: 180). Diese hätten einen gemeinsamen Gegner, „die sogenannte ‚Elite‘ oder auch ein kolportierter ‚linker/ linksgrüner Mainstream‘“ (ebd. 180).

Resultat dieser medialen Situation sind Verzerrungen im Informationsangebot. Allgaier untersuchte in einer Studie zu YouTube-Videos über Klima-

*Alternative Medien
bestätigen sich gegenseitig
ihre Glaubwürdigkeit*

themen, inwiefern diese den wissenschaftlichen Konsens abbildeten. Obwohl es sich bei der Tatsache des Klimawandels wissenschaftlich um einen wenig umstrittenen Fakt handelt, fanden die Researcheteams in der Mehrzahl der thematischen

Angebote auf YouTube solche, die diesem Konsens widersprachen (2019). In den USA wirkt diese Verzerrung bis in die Nachrichtenmedien hinein, hier „zeigt sich, dass selbst in namhaften Zeitungen wie dem Wall Street Journal oder der New York Times, aber auch im britischen Guardian die Meinungen der Skeptiker eine ähnlich starke Berücksichtigung fanden. Bei einigen Nachrichtenportalen, etwa dem konservativen Sender Fox News, dominieren Skeptiker sogar die Berichterstattung“ (Haupt 2020: 175). Im besten Falle liegt diesem Umstand das journalistische Bestreben zugrunde, alle Seiten ausgewogen zu Wort kommen zu lassen. Im Klimawandel-Kontext fußt dies jedoch auf einem Missverständnis, da überhaupt nur „wenige der häufig zitierten Skeptiker [...] über eine nennenswerte Forschungsreputation [verfügen]. Hingegen handelt es sich bei den Positionen renommierter Klimaforscher um Erkenntnisse, die in der Fachwelt anerkannt und durch andere wissenschaftliche Untersuchungen zusätzlich belegt sind“ (Haupt 2020: 176) – der Effekt ist, dass eine Kontroverse abgebildet wird, die eigentlich keine ist, und so gesichertes Wissen in Abrede gestellt wird.

Zu den medialen Bedingungen von Wissenschaftsfeindlichkeit gehören auch neue Angriffsmöglichkeiten, die im Zuge von Digitalisierungsprozessen zustande kommen. Als schulische und wissenschaftliche Veranstaltungen im Zuge der Covid-19-Pandemie auf digitale Formate umstellen mussten, hatten die ungewohnte Situation und neue Technik zur Folge, dass Lehrverantwortliche oft ungeschützte digitale Räume zu Lehre, Prä-

sensation und Vernetzung nutzten. Hierbei lieferten sie unbeabsichtigt mediale Angriffspunkte, die von externen Akteur*innen für sogenannte „Zoombombings“ genutzt wurden: sie unterbrachen digitale Veranstaltungen mit verletzenden oder bedrohlichen Bild- oder Toninhalten (oftmals rassistischen, homophoben, pornografischen oder antisemitischen Inhalts) und suchten dabei meist Veranstaltungen mit Minderheiten-Bezug auf (SaR 2021: 30).

So gab es auch in Deutschland zum einen „eine Zunahme von als zielgerichtet anzunehmenden, politisch motivierten, Angriffen (etwa gegen Frauen* online, gegen Angehörige von ethnischen Minderheiten, Vertreter*innen der Gender Studies, gegen Personen, die sich offen antirassistisch positionieren, und generell gegen Veranstaltungen di-

*Digitale Lehre schafft
neue Angriffspunkte*

versitätsorientierter Forschung und Lehre)“ (Eickelmann/Einwächter/Gregor u.a. 2021: 1). Eine Studie des Onlinemagazins Vice (Meineck/Schwenn 2020) gibt zu bedenken, dass es vielfach schlicht aus Gründen der technischen Gelegenheit zu Übergriffen kam, da Täter*innen (teils noch im Schulalter) die Angreifbarkeit anonym ausnutzen und in aller Regel ungestraft agieren konnten. Online und dezentral organisiert kamen hier ungewöhnliche Gruppierungen aus einerseits gezielt handelnden und ideologisch motivierten sowie andererseits im Lockdown gelangweilten, ihr Überlegenheitsgefühl auskostenden Individuen zusammen, und setzten Übergriffe gemeinsam um, etwa ein „anonym auf den geteilten Bildschirm gekritztes Hakenkreuz, unerwünschte sexuell konnotierte Kontaktaufnahmen über den privaten Chat am Rande einer wissenschaftlichen Veranstaltung, die koordinierte Stürmung eines Zoom-Vortrags durch störende Unbekannte ...“ (Eickelmann/Einwächter/Gregor u.a. 2021: 1). Die Vorfälle hatten zur Folge, dass Abläufe massiv unterbrochen wurden und die für die Veranstaltungen verantwortlichen Wissenschaftler*innen sich mit zeitaufwändiger Aufarbeitung konfrontiert sahen.

Generell ist festzustellen, dass Sichtbarkeit in den digitalen Konferenzräumen mit Verletzlichkeit gleichzusetzen ist. Cuevas beschreibt, wie seine Beteiligung an einer Onlinediskussion zur US-Präsidentschaftswahl im Jahr 2016 Trolle aus dem extrem rechten Lager auf ihn aufmerksam machte. Nachdem diese über seine Universitätshomepage herausgefunden hatten, dass er Wissenschaftler war, betrieben diese mittels zahlreicher Fake-Accounts auf der Website ratemyprofessors.com koordinierte rassistische und karri-

erschädliche Agitation mit dem Ziel, seine Entlassung herbeizuführen (Cuevas 2018).

Die Kommunikationswissenschaftlerinnen DeGroot und Cormack berichten in ihrem entsprechend drastisch benannten Artikel „Unexpected Negative Participant Responses and Researcher Safety: ‚Fuck Your Survey and Your Safe Space, Trigger Warning Bullshit‘“ von zusätzlicher Arbeit und massivem Stress im Rahmen ihrer Onlinestudie zum Nachgang der bereits erwähnten Präsidentschaftswahl. Die Onlineumfrage war an Clinton-Unterstützer*innen gerichtet gewesen, was offenbar Personen des republikanischen Lagers verärgerte, welche das Formular vielfach statt mit den erfragten Informationen mit Hasskommentaren ausfüllten. Diese gingen einher mit zahlreichen Hinterfragungen der Methodik der Studie und der Wissenschaftlerinnen selbst. Viele der Teilnehmenden gaben offen an, die Resultate der Studie unbrauchbar machen zu wollen (2020: 363) – eine neue Form des Trolling innerhalb des Forschungssettings. In der Reflexion des Vorfalls fragen die Autorinnen: „Researchers have an ethical obligation to protect their participants from harm, but what happens when participants respond in ways that threaten the health and safety of the researchers themselves?“ (DeGroot/Cormack: 355). Sie legen damit eine Lösung nahe, die sich durchaus präventiv umsetzen ließe: Genauso, wie Forschungsprojekte von Ethikkommissionen auf ihren möglichen Schaden an involvierten Forschungsobjekten hin untersucht werden, müsste sich eine generelle Risikoeinschätzung vorab denken lassen, die das Wohl der Forschenden gleichermaßen in den Blick nimmt und Wege zur Unterstützung antizipiert, bevor Notsituationen eintreten.

Auch in Deutschland hat es ähnlich gelagerte Angriffe gegeben. So berichten Stein und Appel aus der Betreuung einer Masterarbeit (zu Cyberbullying gegenüber LGBTG-Jugendlichen), deren Umfrage auf Facebook offen beworben worden war, dass auch hier das Umfrageformular von online organisierten Rechten gekapert wurde, die ihrerseits in einer nicht-öffentlichen Facebookgruppe dazu aufgerufen hatten, die Studie anzugreifen (2021: 178). Die wissenschaftliche Untersuchung wurde eingestellt und neu aufgesetzt, diesmal nur in eindeutigen Interessensgruppen verbreitet und mit Passwort geschützt. Die nun sichere Vorgehensweise des eher versteckten Agierens hatte jedoch zur Folge, dass nur ein Bruchteil der Vielfalt an Antworten eingeholt werden konnte. Die Durchführenden sahen sich in einen Handel gezwungen, sie tauschten durch den Angriff kompro-

mittierte gegen weniger umfangreiche (aber ‚saubere‘) Daten. Zudem blieb der Eindruck, das Forschungsdesign müsse generell aus Sicherheitsgründen angepasst werden (ebd.).

In manchen Fällen, wie den hier genannten, gelingt es Wissenschaftler*innen, aus der Reflexion erfahrener Attacken Beiträge zu formulieren, die andere im Fach für die Situation sensibilisieren. Dies setzt jedoch gelungene Verarbeitung voraus. Oftmals tragen die reflektierenden und analysierenden Auseinandersetzungen mit den Vorfällen aber auf einer anderen Ebene zur Zuspitzung von ohnehin prekären Verhältnissen bei: Wer Aufklärungsarbeit leistet oder Workshopangebote in digitaler Selbsthilfe für Kolleg*innen organisiert (weil diese noch nicht von den Universitäten selbst bereitgestellt werden), kann diese (Care-)Arbeit nur in wenigen Kontexten auch für die eigene Karriere fruchtbar machen. Hier zählen nach wie vor überwiegend Forschungsergebnisse und Publikationsoutput. Insofern ist der karrierespezifische Schaden, der aus Trolling, Hate Speech oder anderen Übergriffen resultiert, auch abseits der psychischen Effekte durchaus nachhaltig, weil diese Zeitressourcen binden, die ohnehin knapp sind.

Was können Universitäten gegen Angriffe tun?

Die aktuelle Lage ist zunächst eine Herausforderung für die Wissenschaftskommunikation, deren Anliegen ja eigentlich ist, Wissenschaft in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Gewissermaßen könnte die aktuelle Wissenschaftsfeindlichkeit sogar als Backlash auf die Wissenschaftskommunikation der letzten Jahre gesehen werden, wenn wir davon ausgehen, dass vor allem die zunehmende Sichtbarkeit von Wissenschaftler*innen und ihrer Funktion im öffentlichen Diskurs sie zu Zielscheiben werden lässt.

Es ist von langfristigen negativen Effekten und erheblichen wissenschaftlichen und ökonomischen Schäden auszugehen, die aus den in diesem Artikel beschriebenen Attacken resultieren: Hiermit wird nicht nur wissenschaftliche Arbeit behindert, sondern auch sozialer, politischer, ökonomischer und kultureller Fortschritt (SaR 2021: 17). Stein und Appel heben besonders den Aspekt der Selbstzensur hervor, der die Gesellschaft einer wichtigen Ressource beraube, und der besonders stark bei jenen zu befürchten sei, die vulnerabel oder marginalisiert sind. Zu befürchten sei ein Teufelskreis aus selektiver Forschung, denn: „once scholars start to avoid certain topics

or methods out of fear of harassment, society loses one of its most crucial countermeasures against the process of marginalization itself“ (2021: 179).

Wessen Angelegenheit ist es nun eigentlich, der Wissenschaftsfeindlichkeit entgegenzutreten? Die Tatsache, dass vielerorts betroffene Individuen

*Bedrohung kann zu
Selbstzensur führen*

in Form von Selbsthilfe tätig werden und Aufklärungs- und Vernetzungsarbeit zur Bedrohungslage leisten (u. a. Cuevas 2018; Ferber 2018; Grollman 2015; Branford/Grahle/Heilingner u.a. 2020, Stein/

Appel 2020), ist durchaus ambivalent zu bewerten. Zum einen ist neben dem aufklärerisch-präventiven Gehalt solcher Arbeit ein großer Gewinn für die wissenschaftliche Gemeinschaft und ein ermächtigender Effekt für die Betroffenen zu vermuten (Branford/Grahle/Heilingner u.a. 2019: 206). Das kann aber nicht davon ablenken, dass die Selbsthilfe vielerorts aus reiner Not geschieht, weil die Betroffenen innerhalb ihrer Institutionen nicht genug Information oder Unterstützung vorgefunden haben. Deshalb sollten auch auf institutioneller und politischer Ebene Lösungen gefunden werden.

Branford/Grahle/Heilingner u.a. schlagen universitätsintern sichere und verbindliche Meldewege für Vorfälle vor, sowie Stellen für ausgebildete Fachkräfte, die auch in juristischen Fragen unterstützen können (2019: 219). Universitäten müssen schlicht ihrer Sorgepflicht für Mitarbeitende nachkommen und die Grundpfeiler ihrer eigenen Existenz verteidigen, wenn Antiintellektualismus an ihnen rüttelt: „In other words, the university has a vested interest to take a stand against cyberhate in order to maintain its own validity“ (ebd.: 220).

Die Justizariate der Universitäten sind bislang primär darauf abgestellt, Klagen gegen die Institution abzuwenden. Bei Wissenschaftsfeindlichkeit greift ein rein defensives Verhalten aber zu kurz: Die massiv rufschädigenden und zudem auf psychischer und physischer Ebene bedrohenden und verletzenden Operationen gegen Vertreter*innen der Wissenschaft treffen das Humankapital der Universität empfindlich. Müssten wir entsprechend nicht weiterdenken und auch juristische Strategien entwerfen, um Mitarbeiter*innen von Universitäten zu unterstützen? Kooperationen zwischen Antidiskriminierungsstellen und Justizariaten erscheinen am Horizont der Notwendigkeiten – Strategien der Prävention und aktiven Verteidigung müssen hier gedacht werden, sonst schmelzen Handlungsräume noch schneller als die Motivation der Wissenschaftler*innen, Teil des von der Politik geforderten demokratischen Diskurses zu werden.

Von staatlicher Seite sind Erhebungen von Übergriffen auf Wissenschaftler*innen und wissenschaftliche Institutionen wünschenswert (SaR 2021:

7), ebenso wie die Unterstützung der Hochschulen durch die Finanzierung von Präventions- und Aufklärungsprogrammen. In der Feindlichkeit gegenüber Wissenschaftler*innen zeigt sich schließlich eine gesamtgesellschaftlich bedrohliche Tendenz: Wo

*Selbsthilfe braucht Hilfe:
Infrastrukturen, Geld
und Personal*

diejenigen, die evidenzbasiert und strukturiert nach Erkenntnissen – und darauf aufbauend nach Lösungen – suchen, gezielt diskreditiert und in ihrer Arbeit behindert werden, ist Sorge auch aus generellen demokratieerhaltenden Erwägungen heraus begründet: „[G]anz offenbar geht es bei den derzeitigen populistischen Angriffen auf die Wissenschaft auch darum, ob es gelingt, in demokratischen Gesellschaften eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage zu bewahren. [...] Rechtspopulistische und religiös-fundamentalistische Angriffe auf die Wissenschaft bzw. auf wissenschaftliche Teilbereiche stellen letztlich den Versuch dar, die rationale Basis für eine demokratische Meinungsbildung zu zerschlagen“ (Sager/Wagner 2020: 26).

Fazit

Wissenschaftsfeindlichkeit kennt also viele Dimensionen, von der Verächtlichmachung, strategischen Infragestellung und Aushöhlung bis hin zu

Angriffen auf Personen, wissenschaftliche Strukturen und Prozesse. Wenn Universitäten tatsächlich Orte sind, „an denen Demokratie eingeübt wird“ (Steinmeier 2019: 12), sollte uns vermutlich kaum verwundern, dass sie von demokratiefeindlichen Kräften ins Visier genommen werden und

*Wer Wissenschaft in der
Öffentlichkeit wünscht,
muss auch über ihren
Schutz nachdenken*

Wissenschaftler*innen zunehmend ebenso Bedrohungen erfahren, wie Politiker*innen. Auch in der Politik sollte bedroht zu werden nicht zum Mandat gehören, wie VBRG & BMB 2021 in einem eigens für Kommunalpolitiker*innen erstellten Ratgeber formulierten. Hier heißt es: „Wenn wir weiterhin Menschen ermutigen wollen, angstfrei Position zu beziehen, in ihrem Umfeld öffentlich zu widersprechen und sich für Demokratie einzusetzen, dann brauchen diese Menschen professionellen Beistand“ (Klare in VBRG & BMB 2019: 9). Aber gilt das denn nicht genauso für Wissenschaftler*innen? Gilt es für sie nicht sogar *in besonderem Maße*?

Wissenschaftler*innen erreichen in Deutschland heute meist erst in ihren Vierzigern eine Festanstellung, viele verlassen vorher die Universität.⁶ Der geltende Wettbewerb bedingt, dass sie neben der eigenen Existenzsicherung wenig im Blick behalten können, und beinhaltet Anreize, möglichst vielzitierte – das heißt auch *populäre* – Arbeiten zu produzieren. Damit an sich droht die Wissenschaft bereits, sich populistischen Mediendynamiken anzugleichen und Widerständen auszuweichen (Branford/Grahle/Heilinger u. a. 2019: 206). Wenn diese ohnehin stark belasteten Personen bei Interaktion mit der medialen Öffentlichkeit damit rechnen müssen, Hass und Hetze zu begegnen, ist eine Dauerhaftigkeit solchen Engagements wenig wahrscheinlich. Ein Großteil der von Nature befragten Wissenschaftler*innen, die mit ihren medialen Statements zur Covid-19-Pandemie negative Erfahrungen gemacht hatten, gaben jedenfalls an, sich in Zukunft weniger in die Öffentlichkeit begeben zu wollen (Nogrady 2021).

Geulen betont: „Wissenschaft als Beruf beinhaltet keine Berufung und erst recht keine Verpflichtung zu politischem Engagement oder politischer Parteinahme. Das gehört zu ihrer Freiheit“ (2017: 164). Von dieser Freiheit mehr Gebrauch zu machen, kann jedoch nicht resultierender Ratschlag sein, sondern vielmehr ein Anliegen der Sensibilisierung:

*Wer keine Zeit hat, wägt ab,
welches Engagement sich lohnt*

Wünscht und fordert die Politik verstärktes öffentliches Positionieren und Kommunizieren von Vertreter*innen der Wissenschaft, dann muss sie sich auch dessen bewusst sein, dass diese neben vielen alten Belastungen nun zusätzlichen neuen Gefährdungen gegenüberstehen, für die sie noch ausgebildet und bei denen sie unterstützt werden müssen. Sie darf ihre zunehmende Vulnerabilität nicht als Kollateralschaden hinnehmen, sondern muss bereit sein, in Aufklärung und Schutz zu investieren.

6 Die von Bahr/Eichhorn/Kubon ins Leben gerufene #ichbinHannah-Bewegung zeigt, wie schwierig es ist, in diesem System zu bestehen, das in Deutschland immer noch geformt ist wie ein sehr filigraner Flaschenhals, der als ‚Bestenauslese‘ gerechtfertigt wird (2022).

Literatur

- Allgaier, Joachim (2019): Science and Environmental Communication on YouTube: Strategically Distorted Communications in Online Videos on Climate Change and Climate Engineering. *Frontiers in Communication* 4. Online: <https://www.frontiersin.org/article/10.3389/fcomm.2019.00036> [28.6.2022].
- Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian (2022): #IchBinHanna: Prekäre Wissenschaft in Deutschland, Originalausgabe Edition. ed. Berlin.
- Barnes, Ralph M./Johnston, Heather M. /MacKenzie, Noah /Tobin, Stephanie J. / Taglang, Chelsea M. (2018): The effect of ad hominem attacks on the evaluation of claims promoted by scientists. *PloS one* 13 (1), Online: <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0192025> [15.7.2022].
- Branford, Jason/Grahle, André/Heilinger, Jan-Christoph/Kalde, Dennis/Muth, Max/Parisi, Eva Maria/Villa, Paula-Irene/Wild, Verina (2019): Cyberhate against academics. In: Kehoe, S. K./Alisic, E./Heilinger, J.-C. (Hg.): *Responsibility for Refugee and Migrant Integration*. Berlin, S. 205–225.
- Cuevas, Joshua A. (2018): A new reality? The far right's use of cyberharassment against academics. In: *Academe* 104 (1), S. 24–28.
- DeGroot, Jocelyn M./Carmack, Heather. J. (2020): Unexpected negative participant responses and researcher safety: „Fuck your survey and your safe space, trigger warning bullshit“. In: *Journal of Communication Inquiry* 44, S. 354–375.
- Eickelmann/Einwächter/Gregor, Jennifer/Einwächter, Sophie G./Gregor, Felix T./Hanstein, Ulrike/Kero, Sandra/Linseisen, Elisa (2021): Handreichung zur Gewaltprävention in Lehr- und Lernkontexten online. Online: <https://doi.org/10.25969/mediarep/15780> [28.6.2022].
- Engelmeier, Hanna/Felsch, Philipp (2017): Gegen die Uni studieren. Ein Vorwort. *Antiakademismus, Mittelweg* 36, 4-5. Hamburg, S. 1–9.
- Ferber, Abby L. (2018): „Are you willing to die for this work?“ Public targeted online harassment in higher education: SWS Presidential Address. *Gender & Society* 32, S. 301–320.
- Grollman, Eric Anthony (2015): Scholars under attack. *Inside Higher Ed*. Online: <https://www.insidehighered.com/advice/2015/07/09/essay-how-support-scholars-under-attack> [28.6.2022].
- Hameleers, Michael/Van der Meer, Toni (2021): The Scientists Have Betrayed Us! The Effects of Anti-Science Communication on Negative Perceptions Toward the Scientific Community. *International Journal of Communication* 15, S. 4709–4733.

- Haupt, Sebastian (2020): Zitierkartelle und Lobbyisten Vergleichende Perspektiven auf die Klimawandelleugner. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, S. 170–184.
- Kinzelbach, Katrin/Spannagel, Janika (2021): Die Vermessung von Wissenschaftsfreiheit. Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/wissenschaftsfreiheit-2021/343232/die-vermessung-von-wissenschaftsfreiheit/> [28.6.2022].
- LfV Hessen (2022): Martin Sellner und die GegenUni: „Rechter Aktivismus an deutschen Hochschulen ruht schon viel zu lange“. Landesamt für Verfassungsschutz.
- Nogrady, Bianca (2021): ‚I hope you die‘: how the COVID pandemic unleashed attacks on scientists. *Nature*. Online: <https://www.nature.com/articles/d41586-021-02741-x> [28.6.2022].
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate (2022): Tyrannei der Minderheit? Energiewende und Populismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Ökologie und Demokratie*, 21-22/2022. Bonn, S. 28-34. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/oekologie-und-demokratie/508501/tyrannei-der-minderheit/> [28.6.2022].
- Reutlinger, Alexander (2020): Strategischer Wissenschaftsskeptizismus. In Jungert, M./Frewer, A./Mayr, E. (Hg.): *Wissenschaftsreflexion*. Leiden, S. 351–369.
- Sager, Krista/Wagner, Gert G. (2019): Wissenschaft unter Druck: Vertrauensverlust oder Zeichen gewachsener gesellschaftlicher Relevanz? In: W. Hinsch/D. Eggers: *Öffentliche Vernunft?* Berlin, S. 21–34.
- Scholars at Risk (SaR) (2021): *Free to Think 2021: Report of the Scholars at Risk Academic Freedom Monitoring Project*.
- Stein, Jan-Philipp/Appel, Markus (2021): How to deal with researcher harassment in the social sciences. In: *Nature Human Behaviour* 5, S. 178–180.
- Steinmeier, Frank-Walter, (2019): *Demokratie braucht Wissenschaft*. (Rede auf der Abschlussveranstaltung der Kampagne „Freiheit ist unser System“ der deutschen Wissenschaftsorganisationen am 26. September 2019 in Berlin). *MaxPlanckForschung* 2019, S. 10–15.
- Strick, Simon (2021): *Rechte Gefühle*. Bielefeld.
- VBRG/BMB (2021): „Bedroht zu werden, gehört NICHT zum Mandat“. Ein Ratgeber zum Umgang mit rechten Angriffen und Bedrohungen für Kommunalpolitiker*innen, kommunalpolitisch Engagierte und Kommunalverwaltungen. Online: <https://verband-brg.de/bedroht-zu-werden-gehört-nicht-zum-mandat-ein-ratgeber-zum-umgang-mit-rechten-angriffen-und-bedrohungen-fuer-kommunalpolitikerinnen-kommunalpolitisch-engagierte-und-kommunalverwa-2/> [28.6.2022].